

REZENSION

Recht in Japan

Berichte über Entwicklungen und Tendenzen im japanischen Recht. Heft 13

Hrsg. v. W. MÜLLER-FREIENFELS, H. STOLL,
R. FRANK, G. HAGER, G. HOHLOCH, D. LEIPOLD, R. STÜRNER

Nomos Verlagsges. (Baden-Baden 2002), 103 S. Euro 22,- ISBN 3-7890-8096-9

Nachdem Heft 12 der inzwischen im zweijährigen Rhythmus publizierten Reihe im Jahr 2000 erschienen ist, liegt mit Heft 13 ein weiterer und erneut überaus anregender Band aus der Schriftenreihe vor. Die Herausgeber haben fünf Beiträge japanischer Autoren aufgenommen und einen weiten thematischen Bogen gespannt.

Arinobu Ohnaka setzt sich mit der Irrtumsregelung im japanischen Verbrauchervertragsgesetz auseinander (S. 7-23). Der Autor beschreibt zunächst ausführlich den Gang des Gesetzgebungsverfahrens bis hin zum Inkrafttreten des Gesetzes am 1. April 2001.¹ Sodann wird die Irrtumsregelung im Verbrauchervertragsgesetz im einzelnen vorgestellt, nach der einem Verbraucher ein Anfechtungsrecht zusteht, wenn es wegen falscher Informationen des Unternehmers zu einem Irrtum gekommen ist. In seiner abschließenden Bewertung ist der Verfasser allerdings skeptisch, ob die Irrtumsregelung des Gesetzes ausreicht, um die strukturelle informationelle Ungleichheit zwischen Unternehmer und Verbraucher auszugleichen.

Toshitaka Tada befaßt sich sodann mit den Zurechnungsproblemen beim Gutgläubensschutz im Zivilgesetz – dort allerdings nicht ganz glücklich als „japanisches BGB“ bezeichnet (S. 25-42). Nach einem kurzen historischen Abriß diskutiert der Verfasser das Prinzip des Vertrauensschutzes im japanischen Zivilrecht mit Blick auf die Begründung und Übertragung dinglicher Rechte, der Anscheinsvollmacht, dem Schutz bei Leistung an einen Scheingläubiger und im Kontext des Art. 94 Abs. 2 ZG (Scheinerklärung). Insgesamt beklagt der Autor, daß die dogmatischen Fragen im Zusammenhang mit der Zurechenbarkeit noch nicht ausreichend geklärt seien.

Der dritte, von *Hiroyuki Kansaku* verfaßte Beitrag widmet sich der Übertragung eines Betriebes im Rahmen von Umstrukturierungen (S. 43-72). Im Mittelpunkt steht die Reform des japanischen Umwandlungsrechts in den Jahren 1999 bis 2001. Der Autor gibt einen knappen, sachkundigen Überblick über die neu eingeführten Möglich-

1 Eine deutsche Übersetzung des Gesetzes nebst einer kurzen Einführung von M. DERNAUER findet sich in Heft 11 der Zeitschrift für Japanisches Recht (2001) 241 ff., auf die in dem Text allerdings nicht hingewiesen wird. Statt dessen stützt sich der Verfasser auf eine als „amtlich“ bezeichnete englische Version des Gesetzes.